

Statement

Elke Hannack

Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Jahrespressekonferenz

am 21.01.2020 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Fast täglich gibt es Medien-Berichte zu Übergriffen oder zur Gewalt gegen Polizisten, Mitarbeiter in Krankenhäusern, Jobcentern und Feuerwehren bis hin zu Müllwerkern und Beschäftigten bei Bahnen und Nahverkehrsunternehmen.

Für uns ist dies Anlass, in diesem Jahr eine Initiative zu starten, um ein deutliches Zeichen gegen Gewalt und Aggressivität zu setzen. Wir fordern mehr Respekt im täglichen miteinander. Die Beschäftigten im öffentlichen Bereich sind keine Blitzableiter für Versäumnisse, die die Politik zu verantworten hat. Das muss allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern klar sein. Das sollte auch allen Dienstherren und Arbeitgebern klar sein. Unser Leitspruch lautet „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch.“ Ich möchte sie schon heute herzlich zu unserer Auftaktveranstaltung einladen, die am 19. Februar hier in Berlin stattfinden wird.

Es kann nicht sein, dass sich die Innenminister bei diesem Thema einen schlanken Fuß machen und eine umfassende Datenerhebung zur Gewalt gegen ihre Beschäftigten verweigern, weil sie [Zitat] „zu aufwendig“ sei. So ist es auf der letzten Innenministerkonferenz mitgeteilt worden. Das geht nicht. Die Arbeitgeber müssen ihrer Verantwortung gerecht werden. Sie müssen das Thema ernst nehmen und die Übergriffe endlich auch erfassen. Nur anhand solcher Daten können Prävention und Schutz verstärkt werden.

Machen wir uns nichts vor, die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem öffentlichen Dienst und mit privatisierten Unternehmen liegt – zum Teil – auch darin begründet, dass zu wenig Personal bereit steht. Der öffentliche Dienst wurde in den letzten Jahren regelrecht kaputtgespart. Wir fordern von den Arbeitgebern eine vernünftige Personalplanung. Planstellen müssen entsprechend der Aufgaben eingerichtet werden, die zu erledigen sind.

Sehr deutlich ist der Personalmangel im Bildungssystem bemerkbar. Bei Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern droht der Fachkräftemangel zur Reformbremse Nummer eins zu werden. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an den Grundschulen, der ab 2025 gelten soll, wird am fehlenden Personal scheitern, wenn die Länder nicht sofort ihre Ausbildungskapazitäten massiv ausweiten. Schon für die Kitas um den Halbtagsbetrieb an den Grundschulen zu sichern, werden 2025 (nach Berechnungen des Bildungswissenschaftlers Klaus Klemm) bis zu 26.000 Lehrkräfte fehlen. Generell müssen die Erzieherinnen und Grundschullehrer besser bezahlt werden, um die Berufe für den Nachwuchs attraktiver zu machen.

Die Kultusminister haben sich in den vergangenen Jahren nicht mit Ruhm bekleckert. Die Zahl der Risikoschüler steigt. Rund ein Fünftel der 15-Jährigen kann nicht lesen. Hinzu kommen jahrelange Fehlprognosen beim Lehrerbedarf, die zu dem eben skizzierten massiven Fachkräftemangel führen.

In der Bildungspolitik haben wir ein verlorenes Jahrzehnt hinter uns. Der Bildungsföderalismus zurzeit ist ein Trauerspiel. Er gleicht dem glücklosen Neubau des Berliner Flughafens BER. Jeder werkelt in seiner föderalen Ecke vor sich hin – ein gemeinsamer Bauplan, eine gemeinsame Strategie ist nicht zu erkennen. Und in dieser Situation beerdigen Bayern und Baden-Württemberg auch noch den Nationalen Bildungsrat, der wichtige Impulse für eine Bildungsstrategie hätte liefern können.

Ein wissenschaftlicher Beirat – der den Kultusministern jetzt vorschwebt – ohne Beteiligung des Bundes oder der Sozialpartner ist kein angemessener Ersatz. Dieser Beirat kann sich allenfalls auf die Schulen konzentrieren. Die Schnittstellen zur beruflichen Bildung, zu den Kitas, zur Hochschule oder Weiterbildung können nicht in den Blick genommen werden, weil wichtige Akteure aus diesem Beirat ausgegrenzt werden.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Eltern sind dieses Kompetenzgerangel leid. Sie wollen endlich ein besseres Bildungssystem. Bund und Länder müssen gemeinsam mit den Sozialpartnern eine Bildungsstrategie entwickeln. Wir wollen eine koordinierte und kontinuierliche Zusammenarbeit – wie immer sich das Gremium auch nennt.

Oft ist in diesen Tagen die Rede davon, das neue Jahrzehnt sei auch ein Jahrzehnt der Gleichstellung. Gemeint ist die Gleichstellung von Frauen und Männern. Und natürlich ist es sehr zu begrüßen, wenn wir hier vorankämen. Der Aufgabenkatalog ist lang.

Als Erstes brauchen wir mehr Frauen in den Parlamenten. Deshalb muss die anstehende Wahlrechtsreform im Bund auch dafür genutzt werden, dass Frauen künftig gleichberechtigt an Parlamentsmandaten teilhaben können. Schließlich sind mehr als die Hälfte der Bevölkerung hierzulande Frauen. Linke, Grüne und FDP haben das Thema in der letzten Woche im Bundestag mit zwei Anträgen eingebracht. Sie wollen hierzu eine Kommission einsetzen. Die Wahlrechtsreform steht aber jetzt an. Ich setze darauf, dass auch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble sich seiner Verantwortung bei diesem Thema bewusst ist.

Zweitens, möchte ich daran erinnern, dass sich CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag auf eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie verständigt haben, auf die wir dringend warten. Strukturelle Hemmnisse für die Gleichstellung von Frauen und Männern abzubauen bleibt auf der Tagesordnung. Artikel 3, Abs. 2 des Grundgesetzes benennt die Aufgabe eindeutig: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Das muss Maßgabe für jegliche Gesetzgebung sein.

Erfreulich ist, dass die Bundesregierung in Kürze das Führungspositionengesetz weiterentwickeln will, um mehr Frauen in Spitzenpositionen zu bringen. Es soll künftig nicht nur um Aufsichtsräte gehen, sondern auch um eine Quote für die Vorstandsetagen. Ohne schon ins Detail gehen zu können - das Vorhaben an sich unterstützen wir ausdrücklich.

Danke für die Aufmerksamkeit.